Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 24

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Preiserhöhung: Kanonen statt Butter

Die Preiserhöhungen für Fleisch und Butter, die Chruschtschew eben seinen Landsleuten mitteilen musste, sind in verschiedenster Hinsicht von grösstem Interesse. Man könnte recht sarkastische Kommentare schreiben über den sowjetischen Ministerpräsidenten. Er nahm letzten Herbst am 22. Parteikongress der KPdSU seinen Mund so überaus voll und kündigte den Ausbruch des Wohlstandes für 1980 an. Jetzt aber appelliert er an den Patriotismus, weil ja kein Sowjetbürger ernsthaft verlangen könne, die Aufwendungen für die Aufrüstung zu reduzieren. Also nach wie vor Kanonen anstelle von Butter, das heisst Machtaufbau statt Hebung des Volkswohlstandes. Einmal mehr sind die kommunistischen Gläubigen irregeführt worden.

Die Ursache für die nach Wesen und Umständen besonders folgenschwere Kürzung des Angebotes von landwirtschaftlichen Gütern ist in der Agrarkrise zu suchen. Die kommunistische Organisation der landwirtschaftlichen Arbeit kann mit jener der freien Welt vorläufig nicht konkurrieren. Der Kolchosnik wird weniger Güter auf den Markt bringen als der freie Bauer.

Zu dieser ersten gesellt sich eine zweite Ursache und bewirkt eine Verschärfung der gespannten Lage. Die ausdrückliche Feststellung Chruschtschews, dass die Ausgaben für die Aufrüstung nicht gekürzt werden dürften, lässt die Vermutung zu, dass diese Ausgaben sogar erhöht worden sind. Das allein vermöchte den drastischen Preisanzug zu erklären. Der allein durch das Minderangebot an Agrarprodukten erzeugte Geldüberhang hätte nämlich auch mit andern, weniger augenfälligen Mitteln abgeschöpft werden können: kurzfristige Steuererhöhung und vermehrte Staatsanleihen.

Dass die sowjetische Führung einer propagandistisch so ungünstigen Massnahme, wie sie eine Preiserhöhung darstellt, nicht ausgewichen ist, deutet auf eine langfristige Massnahme. Höchstens ist zu erwarten, dass bei einer guten Ernte im Herbst die negativen Auswirkungen durch einen kleinen Preisnachlass abgefangen werden sollen. Aber eine Verminderung des Lebensniveaus wird bestehen bleiben.

Die Sowjetunion hat eine Niederlage erlitten, die sie nunmehr zu bedeutenden Anstrengungen zwingt. Der amerikanische Einsatz auf dem Gebiet der Atom- und Raketenforschung ist durch die Regierung Kennedy verstärkt worden und hat mit den Weltraumflügen von Glenn und Carpenter seine Früchte getragen. Die Sowjetunion ist ihres Vorsprunges verlustig gegangen. Das Gleichgewicht dürfte wiederhergestellt sein, ohne dass die Sowjetunion ihren Vorteil hätte wahrnehmen können. Im Gegenteil. Wenn die freie Welt nun ihre Anstrengungen weiterführt, so könnte die Sowjetunion erstmals ernsthaft in die Defensive gedrängt werden. Das müsste ernsthafte Folgen haben und würde die angestrebte Einheit des Ostblocks gefährden: die Risse würden sich zu Gräben ausweiten. Daher muss die Sowjetunion mit allen Mitteln versuchen, die Raketenlücke zu ihren Gunsten wieder herzustellen.

Auf Grund des bisherigen Verhaltens hätte die Sowjetunion die amerikanischen Weltraumflüge mit einer spektakulären Unternehmung übertreffen müssen. Ob der Versuch wegen Unfähigkeit unterblieben oder wegen eines Fehlers gescheitert ist, erscheint kaum von Bedeutung. Die unumgängliche Folgerung sind vermehrte Anstrengungen, die ebenso unumgänglich durch die Bevölkerung mit einem Rückgang des Lebensstandardes finanziert werden müssen. Der Wettlauf setzt eigentlich erst so recht ein; er zwingt auch die freie Welt zu grösseren Anstrengungen. Wer jetzt nachgibt, kann auch seine Grundsätze begraben.

Ungarn: Die Willkür bleibt

In Ungarn ist die neue Strafprozessordnung veröffentlicht worden, von der man sich eine gewisse Liberalisierung versprochen hatte. Aber die Erwartung wurde getäuscht. Der neue Text unterscheidet sich kaum von dem alten; die Willkür-Rechtssprechung bleibt erhalten.

So darf der Oberste Staatsanwalt weiterhin die Untersuchungshaft unbegrenzt verlängern, so können die Staatsanwaltschaften weiterhin nach ihrem Ermessen einen Fall einem höheren Gericht unterbreiten, wenn ihnen der gegebene Gerichtshof nicht genügend Gewähr für ein Urteil im Parteisinne zu bieten scheint. Ebenfalls erhalten blieb die (etwas eingeschränkte) Möglichkeit zur berüchtigten «reformatio in peius», der nachträglichen Verschärfung eines gültigen Urteils. Auf Grund solcher «Paragraphen» wurden viele junge Revolutionäre, die Ende 1956 zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, ohne Wiederaufnahme des Verfahrens in den beiden folgenden Jahren hingerichtet.

Die ausserordentlich lebhafte Entstalinisierung in Ungarn, die allgemein auch zu einer grösseren Freizügigkeit der Diskussion geführt hat, hinterliess also keine Spuren in der neuen Strafprozessordnung. Das Instrument des Terrors bleibt erhalten und kann jederzeit wieder benützt werden.

Hilde war es zu viel

Die sowjetzonale Justizministerin musste gegen die häufigen Freiheitsstrafen für Bagatellfälle selbst Stellung nehmen. Die Parteirichtlinien wurden halbwegs zurückgenommen, das heisst, man beklagt sich, dass sie von den Gerichten häufig missverstanden würden.

Nachdem bereits verschiedene Staats- und Parteifunktionäre betont hatten, dass der Beschluss des Staatsrates über die weitere Entwicklung der Rechtspflege vom Januar 1961 auch nach dem 13. August volle Gültigkeit habe und die Richtschnur für die Arbeit der Justizorgane darstelle, hat nunmehr auch Justizminister Hilde Benjamin in diesem Sinne Stellung genommen. Sie bemängelt, dass sich der Beschluss «in den Köpfen der Mitarbeiter der Strafverfolgungsorgane nicht widerspruchslos durchgesetzt hat, wie es im besonderen in gewissen Erscheinungen der Liberalisierung und einigen Erscheinungen von Ueberspitzungen in der Strafrechtssprechung zum Ausdruck kommt». Mit besonderem Nachdruck wendet sich Hilde Benjamin gegen die nach wie vor häufige Verhängung von unbedingt ausgesprochenen kurzfristigen Freiheitsstrafen. Die Strafverfolgungsorgane hätten infolgedessen auch von dem ihnen übertragenen Recht, geringfügige Sachen an die Konfliktkommissionen zum Zwecke der «gesellschaftlichen Erziehung» abzugeben, nur unzulänglich Gebrauch gemacht.

Nur langsam kollektivieren

Polnische Landwirtschaft bleibt vorderhand privat

Die voraussichtlichen Ernte-Misserfolge in der Sowjetunion und verschiedenen Ostblock-Staaten haben in Polen begreiflicherweise keinen Wunsch nach rascher Kollektivierung geweckt. Die Sozialisierung der Landwirtschaft ist nur als Perspektivplan vorgesehen.

Dies geht aus der kommunistischen Wochenzeitschrift «Polityka» hervor. Im letzten einer aus zwei Artikeln bestehenden Reihe, die sich die Aufgabe gesetzt hatte, Gomulkas Landwirtschaftspolitik zu erläutern, gab Arthur Bodnar offen zu, dass es keinen Sinn habe, in den nächsten 15 bis 20 Jahren mehr als die Hälfte des heute von selbständigen Bauern bearbeiteten Landes zu sozialisieren.

In Polen befinden sich immer noch ungefähr 87 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Besitz selbständiger Bauern, während in allen anderen Ländern des Ostblocks die Kollektivierung praktisch abgeschlossen ist.

Bereits hatte der Verfasser in einem ersten Artikel andere Ostblockstaaten wegen sklavischer Nachahmung des sowjetischen Vorbilds kritisiert.

In Polen gibt es kollektive Uebergangsformen, welche aber die Eigentumsverhältnisse nicht antasten. Dabei handelt es sich um die Landwirtschaftszirkel — einen freiwilligen Zusammenschluss selbständiger Bauern zum Zwecke der gemeinsamen Benutzung von landwirtschaftlichen Maschinen, des gemeinsamen Ankaufs von Saatgut und des gemeinsamen Verkaufs der erzeugten Produkte. Ihr Vorbild dürfte man eher in Dänemark finden, als in Russland.

Die Zeitschrift sagt voraus, dass zwischen den Jahren 1970 und 1975 die gesamte polnische Landwirtschaft elektrifiziert und mechanisiert sein wird und pro Hektar 120 Kilo Kunstdünger zur Verfügung stehen werden. Bis dahin, so behauptet Bodnar, wird der Ertrag mindestens um ein Drittel höher liegen als derjenige, welcher derzeit in Frankreich oder der CSSR erzielt wird.

Weiter wird in dem Artikel darauf hingewiesen, dass der Strom der jungen Leute vom Land in die Stadt, in besser bezahlte Stellungen, weiter anschwellen wird und dass die Schwierigkeiten der kleinen selbständigen Bauern, ihre Arbeit rentabler und intensiver zu gestalten, eher noch zunehmen werden. Dann sei der Zeitpunkt für eine schrittweise Sozialisierung der Landwirtschaft gekommen.

Die KP-Zeitung schlägt drei Typen für die allmähliche Sozialisierung des polnischen Agrarwesens vor: Kollektivierung, Nationalisierung (Aufbau von Staatsgütern) und die Errichtung von Landwirtschaftszentren auf kooperativer Basis. Die Kollektivgüter sollen nur schrittweise errichtet werden und erst, nachdem die notwendige industrielle Basis vorhanden ist. Sie sollen den Kleinstbesitz der Taglöhner-Bauern ausschliessen.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 13. Juni 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Curriculum der Woche

HILDA BENJAMIN
Justizminister der SBZ

Geboren als Hilde Lange am 5. Februar 1902 in Bernburg/Saale als Tochter eines kaufmännischen Angestellten. Rechtsstudien. Heirat mit dem Arzt Benjamin, der 1942 im KZ Mauthausen ums Leben kam. Seit 1927 Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands. 1928 Rechtsanwältin in Berlin. 1933 Berufsverbot, arbeitete während der nationalsozialistischen Zeit in einem Verlag und in der Konfektion.

1945 von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland als Oberstaatsanwältin in Berlin-Lichterfelde eingesetzt. 1947 Leiterin der Personalabteilung in der Deutschen Zentralverwaltung für Justiz. Organisierte die Säuberungen und förderte die Heranbildung von Volksrichtern und Volksstaatsanwälten. 1949 Studienreise in der UdSSR, seit 7. Dezember 1949 Vizepräsidentin des Obersten Gerichtes der SBZ.

Nach dem Sturz Fechners (damals als Staatsfeind verhaftet, 1956 rehabilitiert und heute wieder im ZK der SED) am 15. Juli 1953 Justizminister. Mitglied des Zentralkomitees der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands = KP) seit April 1954.

Benjamin war wegen ihrer harten Urteile in Schauprozessen gefürchtet und trat auch als Minister wiederholt als eifrige Verfechterin der Unterdrükkungspolitik hervor.

Aus der Arbeit des SOI

Am 1. Juli beginnt das Schweizerische Ost-Institut mit der Herausgabe seines französischsprachigen Pressedienstes, der «Revue de la Presse Suisse / Informations mondiales et commentaires». Er ist in erster Linie für die französischsprachigen Gebiete Afrikas gedacht. Nach dem «Swiss Press Review and News Report» und der «Revista de la Prensa Suiza y Noticiario» ist dies nun der dritte vom SOI gegründete Aufklärungs- und Informationsdienst für die Entwicklungsländer.

Reinste Poesie

Nach Ansicht der SED sind Versorgungsmängel lediglich eine Frage der mangelnden «Klarheit in den Köpfen». In diesem Sinne werden die Bauern der Sowjetzone durch Presse und Rundfunk unaufhörlich «erzogen». Ein Beispiel für diese Art der Erziehung hat der Sender Schwerin mit der folgenden, wörtlich übernommenen Sendung geliefert.

Es ging um die Gewohnheit von LPG-Bauern, das Geflügel der Volkseigenen Hühnerfarm frei auf die Strasse laufen zu lassen, weil es an Draht zu einem Gehege fehlte. Ueberfahrenes Federvieh war anscheinend die Folge. So wurden denn die Bauern über den Aether angedichtet:

«Die Rechnung, die ist gar nicht schwer:
bald braucht kein einziges Huhn man mehr
von tausend, die man einst konnt' zählen,
zu füttern, weil hier täglich fehlen
rund fünf, die noch so jung an Jahren
zum Hühnerhimmel aufwärts fahren.
Man sagt, dass keinen Draht man hat.
Wir sagen: wäret ihr auf Draht,
dann brauchten wir nicht zu befördern
euch öffentlich zu Hühnermördern.»

Die Unfallrate der Hühner auf der Strasse sei daraufhin gesunken. Der Nachruf hatte zu abschreckend gewirkt.

Der Schnappschuss

Kein Dampf hinter die Elektrifizierung: Die von der kommunistischen Propaganda angekündigte Umstellung des Eisenbahnbetriebes der Sowjetzone auf Elektro- und Diesellokomotiven wird weitere Jahre auf sich warten lassen, wie einer Verlautbarung des Ministeriums für Verkehrswesen zu entnehmen ist. Dort heisst es: «Nach wie vor bestimmen die Dampflokomotiven das Betriebsgeschehen. Bis sie endgültig durch Diesel- oder E-Lok abgelöst werden, besteht die Notwendigkeit, sie im Produktionsaufgebot so rationell wie möglich zu gestalten.»

Eine andere Massnahme deutet ebenfalls darauf hin, dass die Dampflokomotive noch lange Zeit hindurch das Rückgrat der Zugförderung in der SBZ bilden wird. Das RAW «7. Oktober», Zwickau, soll bis zum Juni 1962 ein Fliessverfahren für die Reparatur von Dampflokomotiven einführen.

*

Albanien, das nur eine Einwohnerzahl von 1 625 000 hat, gab stolz die Gründung seines zweiten Symphonieorchesters bekannt.

Laut Radio Tirana ist es auf Grund eines Regierungsratsbeschlusses gegründet und Radio Tirana unterstellt worden. Daneben muss es aber «den musikalischen Wünschen der Radio- und Filmstudios genügen» und auch öffentliche Konzerte geben.

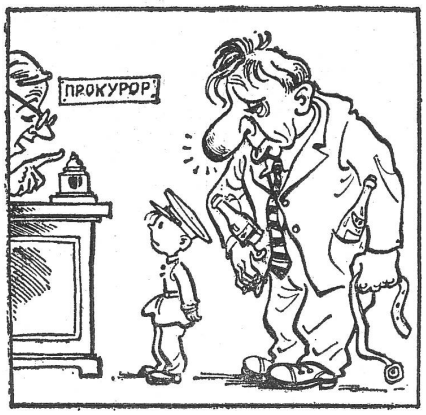
Das erste Symphonieorchester untersteht dem staatlichen Opern- und Ballett-Theater in Tirana.

Letztes Jahr zählte man in Jugoslawien noch über drei Millionen Analphabeten. Beinahe über drei Vierteln handelt es sich um Frauen aus den wirtschaftlich wenig entwickelten Gebieten, wo die Kinder schon früh zur Feldarbeit herangezogen werden. Auch im vorletzten Schuljahr noch besuchten rund 350 000 Mädchen im Schulalter die Schule nicht.

Komsomol für alles

Die kleine sowjetische Karikatur stellt ein nettes Pendent zu unserer seinerzeitigen «Anjuta und die Halbstarken» (Nr. 19, S. 4) dar. Auf's Korn genommen werden wiederum die zu unmöglichen Zwecken beanspruchten Jugendbrigaden, diesmal nicht wegen Polizeidienst, sondern wegen völlig unangemessenen «Erziehungsaufgaben». Arbeitsscheue Elemente, undisziplinierte Werktätige oder Halbstarke erhalten in der UdSSR von den jeweils zuständigen Organen, z. B. den Kameradschaftsgerichten, gewöhnlich Mehrarbeit zur Besserung ihrer «sozialistischen Einstellung zur Gesellschaft» aufgebrummt. Gleichzeitig gibt man den Arbeitskollegen, der lokalen Parteiorganisation oder einer andern Vereinigung den Auftrag, sich um die Umerziehung des Sünders zu kümmern. So kommt eine Art Vormundschaft zustande, die aber oft recht lax gehandhabt wird. Die Partei sucht wie in vielen Fällen «gesellschaftlicher Tätigkeit» vor allem ihre Jugendorganisation «Komsomol» einzuspannen. An die Begeisterungsfähigkeit oder wenigstens das Pflichtbewusstsein der jungen Leute wird immer wieder mit Nachdruck appelliert: wenn die Arbeitskräfte zur Ernte-Einbringung fehlen, wenn Hilfspersonal für Ordnungsdienste aller Art fehlt, wenn ein Fest unter der KP-Aegide stattfinden soll, wenn ein missliebiger Parteibeschluss propagiert zu werden hat, wie jetzt etwa die Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Produkte. Erziehungsaufträge an junge Burschen und Mädchen, das Thema unserer Karikatur, sind durchaus normal. Es betrifft natürlich in der Regel gleichaltrige oder jüngere Kameraden, aber als Kollektiv kann eine Komsomol-Sektion ohne weiteres auch mit einer schwereren Aufgabe betraut werden.

Ein besonderer Grund für die reiche politische Tätigkeit der Komsomolzen ist auch zuweilen die Trägheit in den «Partei-Grundorganisationen», den lokalen Parteisektionen in Betrieben, Quartieren usw. Unsere zweite Karikatur zeigt, wie ein solcher Sekretär auf der Unterstufe sein Jahresprogramm erfüllt: mit dem Abstreichen der kalendarischen Versammlungen.



Staatsanwalt zum jungen Pionier: «So, Wanka, Du wirst nun die Umerziehung dieses Parasiten an die Hand nehmen, ihm das Trinken abgewöhnen und ihn zu einem vollwertigen Mitglied der sozialistischen Gesellschaft erziehen.»

Der lokale Parteisekretär: «Gut, da wäre meine Monatstätigkeit wieder einmal plangemäss erledigt.»